

# Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen

2./3. März, Görlitz, Wichernhaus



## Gegenstand:

Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

## Antragsteller:

Landesparteirat, LAG Wirtschaft, KV Erzgebirge

TO-Punkt

## Bemerkungen:

R-2-NEU

## Abstimmung:

Stimmen abgegeben: \_\_\_\_\_

Gültig: \_\_\_\_\_

Ja: \_\_\_\_\_ Nein: \_\_\_\_\_ Enth: \_\_\_\_\_

Zurückgezogen:

Modifizierte Übernahme:

## 1 Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

2

## 3 Einleitung

4 Explodierende Weltmarktpreise für Rohstoffe eine rasant steigende Nachfrage nach sogenannten  
5 Seltenen Erden und Leichtmetallen wie Lithium, sowie das neue „Berggeschrey“ im Erzgebirge,  
6 mit einer Vielzahl neuer Explorationsvorhaben illustrieren eine Entwicklung, in der die Rohstoffver-  
7 sorgung zu einem zentralen Tätigkeitsfeld der Wirtschaftspolitik geworden ist. Die wirtschaftliche  
8 Zukunftsfähigkeit der hochtechnisierten Volkswirtschaften ist wesentlich vom sicheren Zugang,  
9 der Verfügbarkeit und der effizienten Nutzung von Rohstoffen abhängig. Für Länder wie  
10 Deutschland, und damit natürlich auch für Sachsen, trifft dies in besonderer Weise zu, da für die  
11 heimische Wirtschaft bei sehr vielen Einsatzstoffen derzeit fast keine heimische Rohstoffbasis zur  
12 Verfügung steht und damit eine enorme Importabhängigkeit gegeben ist. Die zentrale wirt-  
13 schaftspolitische Herausforderung der kommenden Jahrzehnte - die Anpassung der Wirtschaft an  
14 den Klimawandel - und die damit einhergehenden technologischen Herausforderungen sind ohne  
15 die strategisch wichtigen High-Tech-Metalle, aber auch ohne "Massenrohstoffe" wie Kupfer  
16 kaum denkbar: Für die Herstellung von Photovoltaik-Modulen braucht es Germanium, Gallium  
17 und Indium. Für die Speicherung von Solarstrom in Batterien ist Lithium unentbehrlich. In einer  
18 Windkraftanlage stecken bis zu acht Tonnen Kupfer, in einem Elektrofahrzeug mit 100 Kilogramm  
19 etwa doppelt so viel wie in einem herkömmlichen Mittelklassewagen. Die Nachfrage nach diesen  
20 Schlüssel-Rohstoffen der Energiewende wird in den kommenden Jahrzehnten weiter steigen.

**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

21 Grüne Rohstoffpolitik setzt nicht einseitig auf die Erschließung bisher unangetasteter Rohstoffvor-  
22 kommen im In- und Ausland, setzt nicht nur auf die wirtschaftliche Bindung von Rohstofflieferan-  
23 ten und die politische Bindung rohstoffreicher Länder. In der Rohstoffpolitik zeigt sich, wie ernst  
24 es mit dem Schutz der Menschenrechte, der Umwelt und der Unterstützung einer nachhaltigen  
25 Entwicklung in Rohstoffe exportierenden Ländern gemeint ist.

26 Die Realität in vielen Abbaugebieten der Welt sieht bisher leider so aus, dass Umwelt- und Sozial-  
27 standards in der Praxis kaum eine Rolle spielen. Bisher unerschlossene Lagerstätten befinden sich  
28 vielfach in hochsensiblen Ökosystemen, z.B. in der Arktis oder der Tiefsee. Probleme der Land-  
29 nahme, Enteignung, Umsiedlung, der Verklavung von Arbeitskräften und der Zerstörung von  
30 Lebensräumen stehen vielfach am Anfang der Rohstoffförderung. Hinzu kommt, dass Rohstoffe  
31 nicht selten in politisch instabilen Regionen abgebaut werden.

32 Grüne Rohstoffpolitik setzt daher die Prämissen zuerst bei der effizienten Nutzung der schon er-  
33 schlossenen Rohstoffe, der Wiederverwendung schon eingesetzter Rohstoffe durch Kreislaufwirt-  
34 schaft und Recycling sowie der Entwicklung von Substitutionsmaterialien für besonders knappe  
35 und technologierelevante Materialien. Eine Rohstoffstrategie aus Effizienz, Recycling und Substitu-  
36 tion wird dem Wirtschaftsstandort Deutschland und damit auch Sachsen auf Dauer nützen. Denn  
37 die Effizienzsteigerung bringt einen dreifachen Gewinn: Sie senkt die Abhängigkeit von Primärroh-  
38 stoffen, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und schont Umwelt und Klima.

39 Dennoch ist in dem gegenwärtig erst beginnenden Transformationsprozess der Wirtschaft – weg  
40 vom stetig wachsenden Ressourcenverbrauch, hin zu Rohstoff- und Ressourceneffizienz – auch  
41 der Einsatz neu gewonnener Rohstoffe unverzichtbar.

42 In einem dicht besiedelten Land wie Sachsen führt der Abbau von Bodenschätzen beinahe  
43 zwangsläufig zu vielfältigen Konflikten und Risiken. So geht der oberirdische Abbau von Braun-  
44 kohle, Kies oder Gesteinen nicht nur mit einem Eingriff in das Boden- und Gesteinsgefüge einher,  
45 sondern ist auch mit einer Zerstörung der gewachsenen Kulturlandschaft und einem zumindest  
46 vorübergehenden, oft aber dauerhaften Totalverlust der natürlichen Lebensräume für Tiere und  
47 Pflanzen sowie bestimmter Nutzungsmöglichkeiten für den Menschen verbunden. Die Gefahr von  
48 Setzungen und Bergschäden in Siedlungsgebieten spielt hierbei ebenso eine Rolle wie der Natur-  
49 und Umweltschutz. Denn nicht selten erfolgt der Rohstoffabbau in oder in unmittelbarer Nachbar-  
50 schaft von ökologisch wertvollen Gebieten wie Naturschutzgebieten oder nach EU-Recht definier-  
51 ten Flora-Fauna Habitaten. Der Abbau, Transport und die Aufbereitung gewonnener Bodenschät-  
52 ze verursacht nicht zuletzt oft erhebliche Lärm- und Staubemissionen.

**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

53 Insbesondere die Wiedernutzbarmachung der bergbaulich in Anspruch genommenen Flächen  
54 sowie die Sanierung der bis 1990 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR entstandenen bergbaube-  
55 dingten Altlasten verdeutlichen die Eingriffstiefe und Reichweite des aktiven Bergbaus. So bean-  
56 spruchte allein die Sanierung der Hinterlassenschaften der SDAG Wismut seit 1990 bislang 5,4  
57 Milliarden Euro und die Sanierung der Altlasten des Braunkohletagebaus der ehemaligen DDR  
58 bereits über 9 Milliarden Euro.

59

60 **Sachsen ist reich an Rohstoffen**

61 Sachsen ist im Gegensatz zur landläufigen Meinung ein enorm rohstoffreiches Land. Aus der Tat-  
62 sache, dass der Bergbau auf metallische Erze und Spate zu Beginn der 1990-er Jahre eingestellt  
63 wurde, folgte der falsche Schluss, dass die Lagerstätten für diese Rohstoffe erschöpft seien. Das  
64 Gegenteil ist der Fall. Im sächsischen Erzgebirge existieren noch große Lagerstätten an metalli-  
65 schen Erzen wie Zinn, Wolfram, Blei, Arsen, sowie Silber, Uran und selbst Gold. Darüber hinaus  
66 existieren bedeutende Lager an seltenen Elementen wie Lithium und erhebliche an Fluss- und  
67 Schwerspat. In der Lausitz befindet sich eine enorme Kupferlagerstätte, die sich Sachsen und  
68 Brandenburg teilen. Im mittelsächsischen Raum befinden sich im sogenannten Granulitgebirge  
69 Lagerstätten mit bedeutenden Vorkommen an Nickel und anderen Schwermetallen.

70 Aber auch die immensen Vorkommen an Braunkohle kennzeichnen den Rohstoffreichtum Sach-  
71 sens.

72 Dabei soll an dieser Stelle die Braunkohle als energetischer Rohstoff keine Betrachtung finden. Die  
73 Nutzung der Braunkohlevorkommen zur Energiegewinnung ist ein klimapolitischer und technolo-  
74 gischer Anachronismus. In der stofflichen Nutzung der Braunkohle kann eine Alternative zum Erd-  
75 öl entwickelt werden, die zudem mit einer drastischen Absenkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verbunden  
76 wäre.

77 Seit geraumer Zeit sind diese sächsischen Rohstoffvorkommen verstärkt Gegenstand wirtschaftli-  
78 cher Interessen. Für praktisch alle sächsischen Erz- und Spatlagerstätten wurden Anträge an das  
79 Oberbergamt zur Übertragung von Erkundungsrechten auf private Wirtschaftsunternehmen ge-  
80 stellt. Im Wesentlichen wurden diese Anträge auch genehmigt. In einigen Fällen wurden auch  
81 Bewilligungen erteilt, die zum Abbau der Bodenschätze berechtigen.

82 Vorausgesetzt, die weltwirtschaftliche Entwicklung erfährt keine Brüche, kann es in der Konse-  
83 quenz in Sachsen zu einer Renaissance des Bergbaus kommen, wenngleich sie nicht die Dimensio-  
84 nen vergangener Jahrhunderte erreichen wird. Die mögliche und absehbare wirtschaftliche Ent-

**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

85 wicklung ist bislang in keine politische Strategie eingebunden. Die Formulierung einer sächsischen  
86 Rohstoffstrategie ist deshalb aus unserer Sicht dringend erforderlich.

87

88 **Rohstoffpolitik bedeutet auch Ressourcensteuerung**

89 Während in der historischen Entwicklung Rohstoffpolitik im Kern damit befasst war, einen norma-  
90 tiven, gesetzlichen Rahmen für die ungehemmte Rohstoffgewinnung zu schaffen, um die wirt-  
91 schaftliche Entwicklung des Landes voranzutreiben, steht die heutige Rohstoffpolitik vor der Auf-  
92 gabe, den Verbrauch vorhandener Ressourcen so zu steuern, dass er die Zukunftsfähigkeit der  
93 Wirtschaft nicht in Frage stellt. Ziel muss die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressour-  
94 cenverbrauch sein. Wir streben eine Ökonomie an, die die erschöpflichen Ressourcen nur in dem  
95 Maße nutzt, wie die Ressourceneffizienz steigt oder Substitute geschaffen werden. Dies macht  
96 deutsche Unternehmen unabhängiger von Rohstoffimporten und zum weltweiten Vorreiter bei  
97 Recycling- und Effizienz-Technologien im Rohstoffsektor. Die deutsche Umwelttechnologie ist  
98 schon heute ein großer Exportschlager. Um das Recycling zu stärken, ist die Erhöhung der Sam-  
99 melquote von recyclingfähigen Materialien wichtig. Die Hersteller und Händler müssen umfassend  
100 dafür verantwortlich gemacht werden, dass ihre Produkte am Ende der Lebenszeit auch wieder-  
101 verwertet werden. Die Bedeutung des sog. „Urban Mining“, wie zum Beispiel die gezielte Samm-  
102 lung von Elektronikschrott zur stofflichen Wiederverwertung der darin enthaltenen Rohstoffe ist  
103 bisher noch nicht in der großindustriellen Dimension erkannt worden und bedarf einer bewussten  
104 politischen Förderung.

105 Ressourcensteuerung bedeutet auch, Abbau, Gewinnung und Verbrauch von Rohstoffen über  
106 längere Zeiträume zu planen, sie Restriktionen zu unterwerfen, strategische Reserven sicher zu  
107 stellen. Es bedeutet daneben, die Rohstoffverfügbarkeit für die nachfolgenden Generationen zu  
108 bedenken. Und es beinhaltet die permanente, ergebnisoffene Abwägung konkurrierender und  
109 divergierender Interessen. Diesem ganzheitlichen, Zeiträume übergreifenden Ansatz wird das der-  
110 zeit gültige Bergrecht nicht nur nicht gerecht, sondern es verhindert ihn. Diese historisch bedingte  
111 und berechnete Rechtsgrundlage der bergbaulichen Rohstoffgewinnung bedarf deshalb der  
112 grundsätzlichen Überarbeitung.

113

114 **Bergrecht novellieren**

115 Das Bundesberggesetz leistet einen völlig unzureichenden Beitrag zur Minimierung von Konflikten  
116 zwischen Bergbautreibenden und vom Bergbau betroffenen Menschen. Das heute geltende Berg-

**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

117 recht basiert ganz wesentlich auf den Herausforderungen der beginnenden Industrialisierung im  
118 Deutschland des 18. Jahrhunderts und fand seine Fortschreibung im 19. Jahrhundert. Grundanlie-  
119 gen war die Beseitigung von Eigentumsvorbehalten bei der Nutzbarmachung von erdgebundenen  
120 Rohstoffen. Deshalb erfolgte eine Einteilung in grundeigene Bodenschätze, in bergfreie Boden-  
121 schätze, sowie in regale (dem Landesherren vorbehalten) Bodenschätze. Über grundeigene Bo-  
122 denschätze und deren Abbau konnte der Grundstückseigentümer nach Belieben verfügen. Berg-  
123 freie Bodenschätze durfte jeder, auch auf fremdem Grundstück, auf Antrag hin abbauen, wenn es  
124 der Grundeigentümer nicht selbst tat. Über den Abbau regaler Bodenschätze verfügte allein der  
125 Landesherr. Vordergründig waren dies die Edelmetalle, die zur Münzprägung verwendet wurden.  
126 Heute sind die historisch regalen Bodenschätze allesamt den bergfreien zugeordnet.

127 Damit kommt es auch zu einem faktischen Verlust eines Staatsvorbehaltes über bestimmte Roh-  
128 stoffe. Durch die Kategorisierung zu bergfreien Bodenschätzen für alle metallhaltigen Mineralien  
129 ging die Möglichkeit der Ressourcensteuerung durch Versagung der Abbaubewilligung verloren.  
130 Nach heutiger Rechtslage kann ein Antrag auf Aufsuchung von Bodenschätzen, nachfolgend der  
131 Antrag auf Bewilligung des Abbaus der Bodenschätze in aller Regel nicht versagt werden, wenn  
132 das beantragende Unternehmen wirtschaftlich und fachlich leistungsfähig ist. Dieser Rechtszu-  
133 stand bedarf im Interesse der Allgemeinheit einer dringenden Korrektur. Ein novelliertes Bergrecht  
134 muss daher die explizite Möglichkeit enthalten, die Gewinnung von Rohstoffen im Bergbau im  
135 öffentlichen Interesse zu versagen.

136

**137 Bürgerbeteiligung, kommunale Selbstverwaltung und Grundeigentumsrechte sichern**

138 Das heutige Bergrecht sieht in den Verfahren zur Verleihung von Bergbauberechtigungen kaum  
139 wehrfähige Beteiligungsrechte von Betroffenen vor. Bergbauberechtigungen werden von Berg-  
140 bauwilligen beantragt und von den Bergbehörden beschieden, ohne dass die Öffentlichkeit in  
141 nennenswertem Umfang beteiligt wird. Bergbauberechtigungen werden demzufolge ohne Rück-  
142 sicht auf eingeübte demokratische Kultur, ohne Rücksicht auf die kommunale Selbstverwaltung  
143 und ohne Rücksicht auf die Eigentumsrechte der Grundstückseigentümer verliehen und umge-  
144 setzt. Bergrecht wird damit in der Praxis über alle anderen Rechtsgüter gestellt. Auch dieser - his-  
145 torisch begründete, aber ebenso historisch überholte - Zustand muss novelliert werden. Dem  
146 Bergbau darf nicht per se der höhere Rang eingeräumt werden. Vielmehr bedarf einer sorgfältigen  
147 Abwägung aller Interessen. In jedem Einzelfall muss im Planungs- und Genehmigungsstadium  
148 eine öffentliche Interessenabwägung zwischen den potentiell positiven Wirkungen des Bergbaus  
149 für die Gesellschaft und seinen negativen Folgen für die betroffenen Menschen und Kommunen

**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

150 sowie für die Natur und Umwelt stattfinden. Wir setzen auf Verfahrenstransparenz, Öffentlichkeit  
151 in jeder Verfahrensstufe, auf rechtlich garantierte und überprüfbare Anhörungs- und Beteiligungs-  
152 verfahren, auf Mitsprache- und Widerspruchsrechte der Grundstückseigentümer, der Gebietskör-  
153 perschaften, der Träger öffentlicher Belange und der Bürgerinnen und Bürger.

154

155 **Umfassende und integrierte Prüf- und Genehmigungsverfahren initiieren**

156 Bei den derzeit in Sachsen maßgeblichen wirtschaftlichen Aktivitäten handelt es sich um Rohstoff-  
157 exploration und -gewinnung mit komplexen Auswirkungen auf Umwelt, technische Infrastruktur  
158 und Rechtsverhältnisse. Bei praktisch allen Vorhaben geht es um Flächeninanspruchnahme, Ab-  
159 bautechnologien, Eingriff in Wasserhaushalte und Grundstückseigentumsrechte. Zwingend tan-  
160 giert sind kommunale Planungsrechte, naturschutzrechtliche Belange und Schutzgüter. Die derzei-  
161 tigen Prüf- und Genehmigungsverfahren werden dieser Komplexität nicht gerecht, da sie einzelne  
162 Bestandteile überhaupt nicht beinhalten, wie beispielsweise die Auswirkung von bergbaulicher  
163 Massenförderung auf die Transportinfrastruktur wie Straßen- und Schienenwege des betreffenden  
164 Gebietes und damit einhergehend die Umweltauswirkungen außerhalb des unmittelbaren Gewin-  
165 nungsbereiches. Daher besteht die Gefahr, dass die Antragsteller bei den bergrechtlichen, aber  
166 auch bei allen anderen umweltrelevanten Genehmigungsverfahren der Rohstoffgewinnungspro-  
167 jekte, mittels „Salamitaktik“ die Genehmigungsfähigkeit dieser Projekte erreichen können, ohne  
168 dass die öffentliche Hand im Vorhinein deren Auswirkungen in ihrer Gesamtheit und Komplexität  
169 beurteilt hätte. Der derzeitige Zustand, dass Rohstoffgewinnung, -aufbereitung und Transport in  
170 den Genehmigungsverfahren auf eine Reihe rechtlich voneinander unabhängiger Verfahrenss-  
171 chritte trifft und die sachliche Zuständigkeit auf verschiedene Behörden fällt, behindert eine adä-  
172 quate Behandlung der Anträge auf Rohstoffgewinnung. Diesem Zustand muss dringend abgehol-  
173 fen werden.

174

175 **Regionale Wertschöpfungsketten fördern**

176 Rohstoffförderung im eigenen Land eröffnet auch Perspektiven auf wirtschaftliche Prosperität –  
177 wenn neben der Gewinnung der Rohstoffe auch weitere Veredelungs- und Wertschöpfungsstufen  
178 in Sachsen angesiedelt werden. In besonderer Weise könnten die ländlichen Räume des Erzgebir-  
179 ges, des Vogtlandes und Mittelsachsens profitieren, da sich die in Frage kommenden Lagerstätten  
180 dort befinden. Die politische Aufgabe besteht darin, die Rahmenbedingungen für die Etablierung  
181 regionaler Wertschöpfungsketten zu schaffen. Dieser in der Wirtschaftspolitik allgemeingültige

**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

182 Satz trifft auf die Rohstoffpolitik in besonderer Weise zu. Ohne das Bewusstsein und den Willen,  
183 wirtschaftliche Wertschöpfung, über den Gewinnungsprozess hinaus, in Sachsen zu etablieren -  
184 und diese auch zur Grundlage der Genehmigungspraxis zu machen - stehen wir in der Gefahr, die  
185 Bodenschätze und Rohstoffvorkommen Sachsens den kurzfristigen Gewinnmaximierungsinteres-  
186 sen internationaler Konzerne preis zu geben. Einer an Nachhaltigkeit orientierten Rohstoff- und  
187 Wirtschaftspolitik stünde eine solche Verfahrensweise diametral entgegen.

188

189 **Montanhistorisches Erbe und moderner Bergbau ergänzen sich**

190 Bergbau- und Bergbautechnologiegeschichte sowie die Bergbaukulturgeschichte Sachsens sind ein  
191 genuiner Bestandteil des Weltkulturerbes. Wir unterstützen deshalb seit langer Zeit intensiv die  
192 Initiativen zur Aufnahme der Montanregion Erzgebirge in das Weltkulturerbe der UNESCO. Ne-  
193 ben der Bewahrung und Pflege der montanhistorischen Zeugnisse kann dieser Kulturerbe-Status  
194 ebenso zur wirtschaftlichen Entwicklung Sachsen beitragen wie der wiederauflebende Bergbau.  
195 Eine Konfliktlinie aus der konkurrierenden, gar sich ausschließenden Nutzung der Kulturerbe-  
196 Objekte mit einer möglichen neuen bergbaulichen Nutzung ist offensichtlich nur in sehr wenigen  
197 Fällen gegeben, welche wir im Ergebnis von Entwicklungs- und Abwägungsprozessen für über-  
198 windbar halten. Eine gegenseitig vorgebrachte Verhinderungsargumentation wäre für beide Pro-  
199 jekte kontraproduktiv. Die Menschen in den betroffenen Bergbauregionen machen schon heute  
200 Besseres vor: sie pflegen die Jahrhunderte alten Traditionen und sind gerade deshalb offen für  
201 eine neue Periode der wirtschaftlichen Rohstoffgewinnung.

202

203 **Landesplanungsinstrumente nutzen und erweitern**

204 Die wirtschaftliche Rohstoffgewinnung konkurriert mit anderen Nutzungen unserer natürlichen  
205 Grundlagen wie die der Erdoberfläche. Dort, wo mit bergbaulichen Mitteln Rohstoffe gewonnen  
206 werden, ist jedoch in der Regel auf Jahrzehnte eine andere Nutzung nicht mehr oder nur einge-  
207 schränkt möglich. Diese Konkurrenzen werden auf der Planungsebene im Landesentwicklungsplan  
208 und in den Regionalplänen in Prioritäten der Landnutzung transformiert. Die bestehenden Pläne  
209 haben zwei entscheidende Defizite:

- 210
- Erstens wurde die bergbauliche Nutzung des Landes im Landesentwicklungsplan nicht be-  
211 rücksichtigt, sondern an die Regionalpläne delegiert. In diesen spiegelt sich wieder, dass  
212 mit einer Wiederaufnahme des untertägigen Erz- und Spatbergbaues überhaupt nicht  
213 mehr gerechnet wurde und deshalb auch keine planerische Berücksichtigung fand. Ob-

**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

214 wohl seit 2008 vom Oberbergamt vermehrt Erlaubnisse zur Aufsuchung von Bodenschät-  
215 zen in teils riesigen Erlaubnisfeldern erteilt wurden, fand diese Entwicklung in den 2008  
216 fortgeschriebenen Regionalplänen keine Aufnahme.

217

218 • Zweitens bewegt sich die planerische Dimension nur an der Erdoberfläche. So wurde zwar  
219 die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe erfasst, eine Nutzung der Tiefendimension  
220 spielt aber keine Rolle. Dabei haben sich in der Nutzung der Tiefendimension konkurrie-  
221 rende, teils gegenseitig ausschließende Ansprüche entwickelt. Auch die Tiefe stellt eine  
222 knappe Ressource dar, deren Nutzungsplanung dringend geboten ist.

223

224 Deutlich wird dies an folgenden Beispielen:

225 Eine bergmännische Tiefennutzung von Erdgaslagerstätten mit dem Verfahren des „Fracking“  
226 verhindert jede andere bergbauliche Nutzung des „gefrackten“ Gebietes.

227 Das bisherige Verständnis von Bergbau bezieht sich immer auf die Entnahme von Bodenschätzen.  
228 Die heutige Nutzung des Berges beinhaltet aber auch das Einbringen von Materialien in den Berg,  
229 siehe Endlagersuche und CO<sub>2</sub> Einlagerung beim CCS-Verfahren.

230 Die Landesentwicklungs- und Regionalpläne müssen diese Defizite beheben. Dazu bedarf es einer  
231 zeitnahen Fortschreibung dieser Pläne unter Berücksichtigung der geologischen Tiefendimension  
232 des wiederauflebenden Erz- und Spatbergbaues. Unser Ziel ist die Entwicklung einer Montan-  
233 raumordnung als Bestandteil der Landesentwicklungsplanung.

234 Auch bei diesem Aspekt wird augenscheinlich, dass das bestehende Bergrecht den aktuellen An-  
235 forderungen nicht gerecht wird, da es abgekoppelt von der Landesplanung Nutzungsrechte ein-  
236 räumt sowie bestimmte Nutzungen des Berges – wie etwa die Untergrundspeicherung - nicht um-  
237 fasst. Das Bundesberggesetz ist auch in dieser Hinsicht zu einem umfassenderen Bergnutzungs-  
238 recht zu entwickeln.

239 **Sächsische Forschungslandschaft stärken**

240 Sachsen besitzt mit der TU Bergakademie Freiberg eine Forschungseinrichtung von exzellentem  
241 nationalem und internationalem Ruf auf dem Gebiet der Bergbautechnologie- und Ressourcenfor-  
242 schung. Dieses Potential wollen wir zielgerichtet fördern und unterstützen. Wir wollen, dass säch-  
243 sische Forschungseinrichtungen im Bereich von Rohstoffeffizienz, -recycling und -substitution füh-



**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

244 rend sind. Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten des neuen Helmholtz-  
245 Instituts für Ressourcentechnologien muss daher - neben materialeffizienten und ökologischen  
246 Technologien zur Erkundung, Gewinnung und Nutzung von Rohstoffen - die Rückgewinnung  
247 von Rohstoffen aus Produkten und Deponien sein. Die Wiedergründung des „Deutschen Brenn-  
248 stoffinstitutes“ in diesem Jahr ist ein essentieller Schritt für die wissenschaftliche Begleitung der  
249 Überführung der Braunkohlenutzung weg von der energetischen, hin zur stofflichen Nutzung.

250 In der Entwicklung der Bergakademie zu einem weltweit führenden Wissenschaftsstandort für  
251 Zukunftstechnologien im Post-Erdöl-Zeitalter, im Bergbautechnologieexport des heimischen Ma-  
252 schinen- und Anlagenbaus und der Entwicklung zu einem Exzellenzcluster für Ressourcenkompe-  
253 tenz sehen wir eine zukunftsfähige Strategie, von der insbesondere sächsische Unternehmen auf  
254 unterschiedlichsten wirtschaftlichen Betätigungsfeldern partizipieren können.

255

**256 Gemeinwesen am privatwirtschaftlichen Erfolg beteiligen**

257 Die privatwirtschaftliche Nutzung bergfreier, also zunächst der Allgemeinheit vorbehaltenen Bo-  
258 denschätze, verursacht auch erhebliche Kosten und Nutzungsnachteile für die Allgemeinheit. Bis-  
259 her werden die externen Kosten der Rohstoffgewinnung weitgehend von der Allgemeinheit ge-  
260 tragen, ohne dass diese eine adäquate Gegenleistung dafür erhält. Das Bundesberggesetz sieht  
261 dafür eine Entschädigung in Form einer Feldes- und Förderabgabe vor. Ebenso ist für den Eingriff  
262 in die Wasserhaushalte der Bergbaufelder eine Wasserentnahmeabgabe gesetzlich vorgesehen,  
263 von welcher der Braunkohlenbergbau als einziger per Gesetz befreit ist. In der Realität des wirt-  
264 schaftlichen Geschehens kommen diese Kompensationsabgaben aber kaum zum Tragen, da sie  
265 weitgehend über Sonderregelungen von der Landesregierung ausgesetzt wurden. Diese Praxis  
266 darf nicht weitergeführt werden, da sie einerseits im Bereich der Braunkohleförderung eine indi-  
267 rekte Subventionierung darstellt und andererseits zu erheblichen Mindereinnahmen des Landes-  
268 haushaltes führt, die sich wettbewerbsverzerrend auf die Strompreise auswirkt.

269

**270 Grüne Eckpunkte für eine Bergbau – und Rohstoffstrategie**

271 1. Die sächsischen Grünen setzen bei der Sicherstellung der Rohstoffbasis strategisch auf die for-  
272 cierte Entwicklung in den Bereichen Rohstoffeffizienz, -recycling und –substitution zur zukunfts-  
273 higen Sicherstellung der Rohstoffbasis für die einheimische Wirtschaft. Wissenschafts- und Wirt-  
274 schäftsstandorte mit diesen Aufgabenstellungen finden unsere Unterstützung. Wir wollen, dass  
275 sich Sachsen zu einem Exzellenzstandort für diese Technologien entwickelt.

276

277 2. Als Grundlage für neue Bergbauaktivitäten ist eine Novelle des Bundesbergrechts zwingend  
278 erforderlich. Das heutige Bergrecht soll zu einem Bergnutzungsrecht weiterentwickelt werden,  
279 welches eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung und sorgfältige Abwägung aller Inte-  
280 ressen sicherstellt sowie thematisch um das Einbringen von Materialien in den Berg, und die Ver-  
281 sagung von Rohstoffgewinnung aus öffentlichem Interesse, erweitert wird.

282

283 3. Die bergmännische Gewinnung mineralischer Rohstoffe muss in Übereinstimmung mit dem  
284 Natur- und Landschaftsschutz erfolgen. Auch unter dem Druck wirtschaftlicher Nutzungsinteres-  
285 sen sind Schutzgebiete wie Fauna-Flora-Habitate und Vogelschutzgebiete (Natura 2000) in ihrer  
286 ökologischen Qualität zu erhalten und vor erheblichen Beeinträchtigungen zu schützen. Der Ab-  
287 bau von Bodenschätzen unter oder in unmittelbarer Nähe von Siedlungen bedarf besonderer Be-  
288 rücksichtigung der Interessen der AnwohnerInnen und ist nur dann zulässig, wenn die Beeinträch-  
289 tigung der AnwohnerInnen minimal ist.

290

291 4. Wir wollen „schonenden“ Bergbau mit effizienter Nutzung der Rohstoffe durch Gewinnungs-  
292 technologien nach dem höchsten Stand der Technik, mit minimaler Flächeninanspruchnahme und  
293 ohne neue Halden. Taubes Gestein soll vollständig wieder unter Tage verbracht werden. Für Ab-  
294 bauvorhaben sind Verkehrskonzepte zu erstellen, die alle Möglichkeiten ausschöpfen, den Materi-  
295 altransport über die Schiene durchzuführen.

296

297 5. Mit einer Förderabgabe von mindestens 10 Prozent des Rohstoffwertes, die alle bergbaulich  
298 geförderten Rohstoffe der Bauindustrie wie Kies und Gesteine, aber auch Braunkohle und Erze  
299 umfasst, sowie einer Gebühr für die Wasserentnahme muss sichergestellt werden, dass keine ver-  
300 steckte und indirekte Subventionierung des Bergbaues stattfindet. Die so erzielten Einnahmen  
301 sollen zweckgebunden in einen Fonds überführt werden, aus dem Forschungs- und Anwen-  
302 dungsprojekte im Bereich Rohstoffeffizienz, -recycling, Substitution sowie Kreislaufwirtschaft ge-  
303 fördert werden. Dieser Fond soll auch zur Finanzierung der Ewigkeitskosten nach Beendigung der  
304 bergbaulichen Tätigkeit dienen.

305

306 6. Bei Bergbauvorhaben mit Umweltauswirkungen und Auswirkungen auf das Oberflächeneigen-  
307 tum sind grundsätzlich rückzahlbare Sicherheitsleistungen zu erbringen, die mindestens den Auf-  
308 wendungen zur Herstellung des Geländes nach Beendigung des Abbaus nach den Vorgaben der  
309 Genehmigung entsprechen und von der Bergbehörde verwaltet wird.

310

311 7. Grüne sächsische Bergbau- und Rohstoffpolitikpolitik hat zum Ziel, möglichst viele Stufen der

**R-2 NEU** Grüne Bergbau- und Rohstoffpolitik in Sachsen

- 312 Wertschöpfungsketten der Rohstoffwirtschaft in Sachsen zu konzentrieren. Sachsen soll nicht nur  
313 Rohstofflieferant sein, auch Verarbeitung und Veredelung soll im eigenen Land realisiert werden.  
314 Auf diesem Weg lassen sich die besten Effekte für die Volkswirtschaft und den Arbeitsmarkt erzie-  
315 len.